

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuß

119. Sitzung

am Donnerstag, dem 27. Mai 1999, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Ursula Kähler (SPD)

Vorsitzende

Renate Gröpel (SPD)

Helmut Jacobs (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Helmut Plüschau (SPD)

in Vertretung von Holger Astrup

Brita Schmitz-Hübsch (CDU)

in Vertretung von Eva Peters

Reinhard Sager (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Tagesordnung:

- | | |
|--|-----------|
| 1. Zukunft der Schiffbauindustrie in Schleswig-Holstein | 4 |
| Landtagsbeschluß vom 21. Januar 1999
Drucksache 14/1883 | |
| Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/2051 | |
| Antrag der Abgeordneten Anke Spoorendonk (SSW)
Drucksache 14/2068 | |
| 2. Berücksichtigung von Dienstführerscheinen als geldwerter Vorteil im Einkommensteuerrecht | 8 |
| Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/2127 | |
| Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2136 | |
| 3. Entlastung des Landesrechnungshofs für das Haushaltsjahr 1997 | 10 |
| hierzu: Schreiben des Landtagspräsidenten vom 19. März 1999
Umdruck 14/3203 | |
| 4. Information/Kenntnisnahme | 11 |
| 5. Verschiedenes | 13 |

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die **Beschlußfähigkeit** des Ausschusses fest. Die **Tagesordnung** wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Zukunft der Schiffbauindustrie in Schleswig-Holstein

Landtagsbeschluß vom 21. Januar 1999
Drucksache 14/1883

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/2051

Antrag der Abgeordneten Anke Spoorendonk (SSW)
Drucksache 14/2068

(überwiesen am 26. März 1999 an den Wirtschaftsausschuß und den Finanzausschuß zur abschließenden Beratung)

Abg. Stritzl fragt, ob die Landesregierung Überlegungen darüber anstelle, die Werftenhilfe für die Werften in Schleswig-Holstein künftig anders zu verteilen.

Abg. Kubicki möchte wissen, ob es die Landesregierung begrüße, daß HDW zum Schwerpunkt des Marineschiffbaus gemacht werden solle, um auf diese Weise auf Dauer Arbeitsplätze zu sichern. Dies hätte allerdings zur Folge - so fügt er hinzu -, daß dann keine Schiffbauhilfen gewährt werden dürften, die nur für den Handelsschiffbau zur Verfügung gestellt würden.

St Gärtner legt dar, daß die Überschrift einer Meldung in den „Kieler Nachrichten“ - „HDW kauft Kockums“ - falsch sei. Korrekt wiedergegeben werde dagegen der gegenwärtige Stand in der „Süddeutschen Zeitung“: „Noch ist unklar, ob PREUSSAG seine 49,9 % an HDW im Paket oder in mehreren Tranchen verkaufen will.“ Am 9. Juni werde Ministerpräsidentin Simonis ein Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden der WestLB, Herr Neuber, führen, in dem das eine oder andere aufgeklärt werden könne.

Abg. Stritzl möchte wissen, mit welcher Verhandlungslinie Ministerpräsidentin Simonis in dieses Gespräch gehen werde. St Gärtner führt aus, daß das Land an HDW keinerlei Anteile habe und daß sich der Staat nach dem Verständnis insbesondere der CDU in unternehmerische Entscheidungen nicht einmischen solle. Der Sach- und Verhandlungsstand des erwähnten Gesprächs sollte abgewartet werden. Für den in bestimmten Medien wiedergegebenen Sach- und Verhandlungsstand vermöge er keine Belege anzuführen.

Abg. Kubicki fragt, ob es nach Auffassung der Landesregierung im Interesse des Landes läge, wenn es nicht nur zur Erhaltung, sondern zu einer Stärkung des Marineschiffbaus komme. St Gärtner erklärt, dies sei nunmehr der dritte Versuch, zu einem nicht bekannten Tatbestand eine Aussage zu erhalten. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gebe es keine Notwendigkeit, eine Erklärung abzugeben, weil es keinen Sachverhalt gebe.

Abg. Kubicki hält dagegen, daß die Landesregierung zu der von ihm gestellten Frage doch eine politische Willensbildung haben müsse, und die bitte er kundzutun. St Gärtner führt aus, daß der in den „Kieler Nachrichten“ wiedergegebene angebliche Sachverhalt aufgeklärt werde, und dann werde sich daraus die entsprechende Meinungsäußerung der Landesregierung ergeben. Er warne vor der Darstellung, daß dieser nicht vorhandene Sachverhalt die Möglichkeit gebe, sich politisch in der einen oder anderen Weise zu äußern. Im übrigen habe die Landesregierung beim Bau von U-Booten in Kiel immer ihren Teil dazu beigetragen, wenn es darum gegangen sei, den Standort Kiel zu stärken und auszubauen, und dabei werde es bleiben.

MR Schriewer greift eine Bemerkung der Abg. Schmitz-Hübsch zur Wettbewerbshilfe auf und teilt mit, daß er sich außerstande sehe, in öffentlicher Sitzung detailliert Auskunft zu geben. Die finanzpolitischen Sprecher seien über die Einzelheiten unterrichtet worden, und die Verteilung der Wettbewerbshilfe auf die schleswig-holsteinischen Werften werde nach seinem Eindruck von ihnen in vollem Umfang mitgetragen. Nicht zutreffend sei die Aussage, daß HDW keine Wettbewerbshilfe bekommen habe. Übereinstimmende Politik von Bund und Ländern seit vielen Jahren sei allerdings - so betont MR Schriewer -, daß bei der Verteilung der Wettbewerbshilfe kleine und mittlere Werften bevorzugt zu behandeln seien.

Abg. Heinold nimmt Bezug auf eine Pressemitteilung der CDU, in der die Frage aufgeworfen werde, ob der Betrag von 50 Millionen DM als unmittelbare und zeitnahe Hilfe zu Verfügung stehen oder ob der Betrag ganz oder teilweise als Verpflichtungsermächtigung ausgewiesen werden solle. -

Abg. Stritzl fragt, ob die Landesregierung beabsichtige, die vom Bund zusätzlich zur Verfügung gestellten Mittel in voller Höhe abzurufen. Für den Fall einer Veräußerung an Kockums möchte er wissen, ob dies eine Stärkung der Markposition von HDW auf dem Gebiet des Marineschiffbaus weltweit bedeute, ob dies eine Fokussierung der Probleme im Handelsschiffbau bei HDW zur Folge hätte und was dies schließlich für Konsequenzen für die Werftenhilfe im Lande hätte.

St Gärtner legt dar, nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge gebe es eine nachvollziehbare Überlegung, daß sich Kockums mit 25,1 % an HDW beteilige. Weder mit diesem Anteil noch

mit einem Anteil von 49,9 % erhalte man jedoch eine unternehmerische Führung. Er gehe deshalb davon aus, daß sich an der Unternehmenspolitik von HDW nichts ändern werde. Dies bedeute auch, daß es HDW gelungen sei, im Handelsschiffbau auf dem Weltmarkt eine bedeutende Position zu erringen, zu behalten und auszubauen. Wenn es im Bereich des Marineschiffbaus eine Arrondierung gäbe, hätte dies das gleiche Ergebnis zur Folge.

Abg. Neugebauer ruft die Diskussion in der vorigen Sitzung des Finanzausschusses in Erinnerung und betont erneut, daß eine Rentierlichkeit nur in der Kombination von Handelsschiffbau und Marineschiffbau zu erwarten sei. Er gehe deshalb davon aus, daß der Werftstandort Kiel erhalten bleibe, müsse aber darauf hinweisen, daß auch andere Werften im Lande, die noch dazu in strukturschwachen Regionen lägen, in gleichem Maße Anspruch auf Sicherung der Arbeitsplätze hätten. Die finanzpolitischen Sprecher hätten in den Gesprächen mit dem Wirtschaftsministerium auch immer Wert darauf gelegt, daß sich die Wettbewerbshilfe nicht an der Zahl der Beschäftigten ausrichte, sondern Auswirkungen auf die Struktur des Betriebes und der Region habe. Im übrigen hätten sich die Sozialdemokraten mit dem Verteilungssystem einverstanden erklärt, da es nicht hingenommen werden könne, daß HDW der Konzernmutter über zwei Jahre 120 Millionen DM Gewinn überweise und das Land aus Steuermitteln überproportional Wettbewerbshilfe leiste.

Abg. Neugebauer fragt, ob die Landesregierung nach wie vor der Auffassung sei, daß über den Marineschiffbau und über die Exportfähigkeit nicht die Landesregierung, sondern der Bundessicherheitsrat entscheide. - St Gärtner bejaht diese Frage.

Abg. Stritzl fragt, ob es vor dem Hintergrund einer möglichen Änderung der Gesellschafterverhältnisse bei HDW und der Shareholder-Mentalität, die den Konzernen innewohne, zu einer Änderung kommen müsse. Er erkundigt sich weiter danach, ob das angekündigte Gespräch zwischen Ministerpräsidentin Simonis und dem Vorstandsvorsitzenden Neuber auch dazu dienen solle, die Mehrheitseigner an die industriepolitische Mitverantwortung für die Region zu erinnern und bei der Vertragsgestaltung darauf Rücksicht zu nehmen.

Die Vorsitzende merkt an, sie habe den Ausführungen von St Gärtner entnommen, daß die Landesregierung erstens alles tun werde, um die Arbeitsplätze am Werftstandort Kiel zu erhalten, und zweitens den Finanzausschuß über das Ergebnis des Gesprächs zwischen Ministerpräsidentin Simonis und dem Vorstandsvorsitzenden Neuber unterrichten werde. Drittens bitte sie die Abgeordneten - auch aus Gründen der Zeitökonomie -, Informationen nicht zum vierten oder fünften Male abzufragen; anderenfalls bestehe die Gefahr, daß sich der Ausschuß „im Kreis drehe“.

St Gärtner schlägt vor, nach dem 9. Juni zu einem Gespräch in einem Kreis zusammenzukommen, der es ermögliche, auch über Themen zu reden, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt seien.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Berücksichtigung von Dienstführerscheinen als geldwerter Vorteil im Einkommensteuerrecht

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/2127

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2136

(überwiesen am 6. Mai 1999 an den Finanzausschuß und den Innen- und Rechtsausschuß)

St Döring merkt im Rahmen einer kurzen Einführung in das Thema an, daß vor einer Bundesratsinitiative die Entscheidung des Bundesfinanzhofs abgewartet werden sollte, da erst dann Klarheit über den Regelungsbedarf bestehe.

Abg. Heinold wirbt dafür, dem Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zuzustimmen, dessen Argumentation St Döring in seiner einleitenden Stellung vorgetragen habe.

Abg. Kubicki hält es nicht für zulässig, entsprechend dem Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN festzustellen, daß „nach geltendem Steuerrecht ... der Erwerb eines Dienstführerscheins kein geldwerter Vorteil im Sinne des Einkommensteuerrechts“ sei, und bezeichnet die beiden zu diesem Thema vorgelegten Anträge als „überflüssig“. Abg. Spoorendonk schließt sich dieser Haltung an und wertet die Diskussion als „hypothetisch“; es gebe gar keine andere Möglichkeit, als die Entscheidung des Bundesfinanzhofs abzuwarten.

Auch Abg. Neugebauer steht auf dem Standpunkt, daß es Sinn mache, die Entscheidung des Bundesfinanzhofs abzuwarten, und spricht sich dafür aus, die Abstimmung über die Anträge zurückzustellen.

Im Zuge einer kurzen Diskussion führt MR Drögemüller aus, daß es in den auf Bund-Länder-Ebene zuständigen Gremien eine Willensbildung zu der Thematik noch nicht gebe. Interne Erörterungen hätten bisher lediglich zu dem Ergebnis geführt, daß erstens von einem geldwerten Vorteil nur bei einem „Bereicherungsinteresse“ des Arbeitnehmers die Rede sein könne und daß zweitens unterschiedliche Ansätze im privaten und im öffentlichen Bereich nicht gesehen werden.

Die Vorsitzende bittet, die in dieser Hinsicht angestellten Überlegungen auch dem an der Beratung beteiligten Innen- und Rechtsausschuß mitzuteilen. Im übrigen folgt der Ausschuß dem Vorschlag der Vorsitzenden, die Beratung über die Anträge erst dann fortzusetzen, wenn neuere Erkenntnisse vorliegen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Entlastung des Landesrechnungshofs für das Haushaltsjahr 1997

hierzu: Schreiben des Landtagspräsidenten vom 19. März 1999
Umdruck 14/3203

Mit den Stimmen aller Fraktionen beschließt der Ausschuß, dem Landtag die Entlastung des Landesrechnungshofs für das Haushaltsjahr 1997 zu empfehlen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Der Ausschuß nimmt die folgenden Vorlagen ohne Aussprache zur Kenntnis:

Umdruck 14/3268 - üpl und apl I/99

Umdruck 14/3281 - Gesellschaftsvertrag NationalparkService gGmbH

Umdruck 14/3337 - LUFA/ITL, LVUA, LANU

Umdruck 14/3344 - Steuerfahndungsverfahren

Umdruck 14/3349 - Steueraufkommen I/99

Umdruck 14/3383 - Pilotbehörde „Staatskanzlei“ - § 10 a Abs. 2 LHO

Umdruck 14/3392 - Ergebnis AK „Steuerschätzungen“

Zu Umdruck 14/3216 - Flexibilisierung des Haushaltsvollzugs gemäß § 10 a LHO

Abg. Stritzl fragt, ob gesichert sei, daß die bei der ordentlichen Gerichtsbarkeit und den Staatsanwaltschaften gebildeten Rücklagen nicht „abkassiert“ werden. St Döring bejaht diese Frage und fügt hinzu, daß bei allen Flexibilisierungsüberlegungen auch Gespräche mit den Ressorts über die Gesamthaushaltsslage geführt würden. Darüber hinaus müsse auch sehr eindringlich darüber diskutiert werden, ob es sich bei den Rücklagen um Managementleistungen handle oder ob das Ganze dem Zufall - beispielsweise geringe Heizungskosten in einem milden Winter - zuzuschreiben sei.

Auf eine Frage des Abg. Stritzl stellt St Döring klar, daß Personalbudgets anders zu bewerten seien als die Ausnahmeregelung nach § 10 LHO; Rücklagen würden nicht für Tarifsteigerungen verwandt.

Der Ausschuß nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Zu Umdruck 14/3230 - Richtlinie nach § 7 Grundwasserabgabengesetz

MDgt Pätschke erklärt zu der Vorlage:

1. Der Landesrechnungshof sei nach wie vor der Auffassung, daß diese Förderung eingestellt werden solle.
2. Die Vorlage des Umweltministeriums sei unvollständig und mißverständlich.
3. Angesichts der Sachlage erwäge der Landesrechnungshof, die Thematik in die Prüfungsplanung aufzunehmen und das Prüfungsergebnis geschlossen darzustellen.

Der Ausschuß nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Zu Umdruck 14/3131 - Haushaltsreste am Schluß des Haushaltsjahres 1998

MDgt Rohs antwortet auf die Frage des Abg. Stritzl nach dem Grund für die Höhe der Ausgabereise mit einem Hinweis auf die Regionalisierungsmittel in Einzelplan 06 - Kauf der Triebwagen -. Weiter verweist MDgt Rohs auf die Restkreditemächtigung sowie darauf, daß im Haushaltsführungserlaß darauf hingewiesen worden sei, daß Reste nur freigegeben würden, wenn sie entweder aus dem Ansatz gedeckt werden könnten oder wenn im Laufe des Jahres ein Rest in derselben Höhe entstehe.

Der Ausschuß nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Zu Umdruck 14/3295 - Metallhüttengelände Lübeck-Herrenwyk

Abg. Gröpel qualifiziert den Bericht als Erfolgsbilanz.

Die Vorsitzende bezeichnet es als ungewöhnlich, daß der Projektbericht zur Sanierung und Revitalisierung an die zuständige Wahlkreisabgeordnete gesandt und nicht dem Finanzausschuß unmittelbar zugestellt worden sei.

Der Ausschuß nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Abg. Stritzl bittet, dem Finanzausschuß die **Wirtschaftsprüfungsberichte der Investitionsbank** zur Verfügung zu stellen. - St Döring sagt zu, das Erforderliche zu veranlassen.
- b) Abg. Stritzl erkundigt sich nach Sinn und Zweck und dem weiteren „Schicksal“ der Grundlasten, die die Stadt Wyk/Föhr zusammen mit der **Nordsee-Kurhof AG** habe in das Grundbuch eintragen lassen. - St Döring sagt zu, das Erforderliche zu veranlassen.
- c) Die Vorsitzende erinnert daran, daß Donnerstag, der 7. Oktober 1999, zusätzlich als Sitzungstag in den **Sitzungskalender für das zweite Halbjahr 1999** aufgenommen worden sei. An diesem Tag stünden allerdings im Landeshaus wegen des Altenparlaments keine Räumlichkeiten zur Verfügung, so daß die Sitzung in den Raum 128 des Ministeriums für Finanzen und Energie verlegt werden müsse.
- d) St Döring greift eine Bemerkung des Abg. Stritzl auf, der sich auf eine Pressemitteilung des Abgeordneten Schröder bezieht, und erläutert die steuerlichen Hintergründe im Zusammenhang mit **Duty-free**.
- e) Abg. Stritzl spricht die Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie vom 26. November 1998, Umdruck 14/2747, **Entwicklung der Steuereinnahmen**, an und bittet, die Steueransätze für die Jahre 1988 und 1989 und das Ist für das Jahr 1998 nachzutragen.
- f) Abg. Stritzl teilt mit, daß er aus Zeitgründen nicht in der Lage sei, der Einladung des Landtagsdirektors zur Vorstellung des **Einzelplans 01 des Haushaltsentwurfs für das Haushaltsjahr 2000** Folge zu leisten. Nach kurzer Diskussion kommt der Ausschuß auf Vorschlag der Vorsitzenden überein, den Landtagsdirektor zu bitten, sich am Rande der kommenden Landtagstagung wegen einer Terminabsprache mit den finanzpolitischen Sprechern in Verbindung zu setzen.
- g) St Döring teilt mit, daß Ministerpräsidentin Simonis und M Möller gegenwärtig in einer Pressekonferenz die **Eckwerte des Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2000** vorstellen, und hält es für angebracht, zeitgleich den Finanzausschuß zu unterrichten. - Der Ausschuß stimmt dem zu.

St Döring teilt mit, daß sich das Kabinett in seiner Sitzung am 25./26. Mai in Husum auf folgende Eckwerte verständigt habe:

- Die Steigerung im Landeshaushalt solle deutlich unter 2 % liegen.
- Die Neuverschuldung solle weniger als 1 Milliarde DM ausmachen.
- Die absolute Höhe der Investitionen solle 1,5 Milliarden DM überschreiten; die Investitionsquote werde über 10 % liegen.
- Der Anteil der Personalausgaben solle unter 40 % gehalten werden.
- Die Zahl der Ausbildungsplätze bleibe auf dem Niveau des Jahres 1999.

h) Abg. Stritzl erinnert an die Beantwortung seiner Fragen hinsichtlich der **EU-Programme** durch den Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten.

i) St Döring teilt auf eine Frage des Abg. Stritzl mit, daß sich in Sachen **Veräußerung der Liegenschaft Hummelwiese** derzeit nichts tue.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 11:30 Uhr.

gez. Kähler

Vorsitzende

gez. Breitkopf

Geschäfts- und Protokollführer